



Die ISDS Fälle - Agro EcoEnergy vs. Tansania

Name des Falles:

AGRO-ECOENERGY VS. TANSANIA

Zusammenfassung:

Agrar-Konzern klagt Tansania, weil die tansanische Regierung den Landtitel wegen Vorwurf des Landraubs zurückzieht

Status:

Verfahren läuft (Stand Jänner 2019)

Was steht auf dem Spiel:

Streitsumme: 40 Millionen Pfund

Details:

Der Fall begann im Jahr 2017 und beruht auf einem bilateralen Investitionsschutzabkommen zwischen Schweden und Tansania



Auf dem Schild ist der Eingang zur riesigen Zuckerrohr-Plantage von EcoEnergy in der Nähe von Bagamoyo markiert, Foto: 2016, Jill Buseth

Worum geht's in dem Fall?

Agro EcoEnergy erhielt für den Aufbau einer Zuckerrohrplantage einen 99-jährigen Pachtvertrag für 20.000 Hektar Land im Osten Tansanias. Dabei handelte es sich um ein Vorzeigeprojekt der „Neuen Allianz“ der G8-Staaten mit mehreren afrikanischen Ländern, die die Landwirtschaft in Afrika unterstützen sollte.

Das betreffende Gebiet wurde aber schon von lokalen Kleinbäuer*innen bewirtschaftet, die weder informiert noch um ihre Zustimmung gefragt wurden. In der ersten Phase des Projekts hätten 300 Menschen ihre Häuser und weitere 1000 ihr Land verloren. Dies verstößt gegen den Grundsatz der Vereinten Nationen, der Umsiedlungen nur mit „freier, vorab eingeholter und informierter Zustimmung“ der betroffenen Bevölkerung erlaubt. Das Projekt erfüllte damit die Kriterien des Landraubs.

Agro EcoEnergy bot zwar Entschädigungen an und sagte die Schaffung von Arbeitsplätzen zu, aber es blieb bei leeren Versprechungen – angeboten wurden vor allem Subunternehmer-Verträge, für die sich die Bäuer*innen hoch verschuldet hätten. Die gesamte lokale Gemeinschaft wäre vom Konzern abhängig geworden.

Es kam zu mehreren Klagen und einer Kampagne gegen das Projekt. Im Jahr 2016 widerrief die tansanische Regierung den Pachtvertrag – allerdings nicht wegen des Landraubs, sondern wegen möglicher Auswirkungen auf Wasserquellen für Wildtiere in einem benachbarten Nationalpark. Nun sucht sie einen anderen Investor für das Gebiet. Wichtig wäre dabei vor allem, dass jedes zukünftige Projekt mit der lokalen Bevölkerung abgestimmt wird und diese die Möglichkeit hat, es abzulehnen.

Die Konzernklage

Agro EcoEnergy verklagt die tansanische Regierung wegen der Kündigung des Pachtvertrages. Ein ISDS-Verfahren ist möglich, weil sich das eigentlich in Tansania registrierte Unternehmen im Besitz des schwedischen Konzerns EcoDevelopment befindet. So kann es ein Investitionsschutzabkommen zwischen Schweden und Tansania für die Klage nutzen. Einer der Klagepunkte lautet, die tansanische Regierung habe verabsäumt, Land bereitzustellen, das „frei von Belastungen“ – in anderen Worten: frei von Menschen – ist. Menschen, die ihre mit dem Land verbundenen Rechte vertreten, gelten für den Konzern also als „Belastung“.

Tansania kündigt ISDS

Der Landraub von Agro EcoEnergy ist zwar vorerst gestoppt, aber der Konzern will mithilfe von ISDS eine Kompensation einklagen. Wegen dieser und anderer ISDS-Klagen, mit denen das Land in letzter Zeit zu kämpfen hatte, verabschiedete die tansanische Regierung im September 2018 ein Gesetz, mit dem ISDS verboten wird. Konzerne müssen nun nationale Gerichte zur Beilegung von Konflikten anrufen. Auf laufende Fälle wie den von Agro EcoEnergy hat das aber keinen Einfluss.

Unser Urteil

Alle landwirtschaftlich nutzbaren Flächen des Planeten werden von Menschen genutzt. Es gibt kein leeres Land und Menschen sind keine „Belastungen“. Der größte Teil der Menschheit ernährt sich von Lebensmitteln, die von Kleinbäuer*innen produziert werden. Sie sind es, die unterstützt werden müssen – durch Investitionen, die ihre Rechte anerkennen und die Nachhaltigkeit fördern.

Mehr Infos

ActionAid, Stop EcoEnergy's land grab in Bagamoyo, Tanzania. 2015, <https://bit.ly/1EFyh92>

DIE KAMPAGNE ZUM FALL: RECHTE FÜR MENSCHEN, REGELN FÜR KONZERNE - STOPP ISDS

Ziel der europaweiten Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne - Stopp ISDS“ ist, die schädlichen Sonderklagerechte für Konzerne endgültig abzuschaffen. Ein breites Bündnis von Organisationen und sozialen Bewegungen trägt die Kampagne in Österreich. Attac beteiligt sich im Rahmen der Plattform *Anders Handeln*.

attac.at/stopp-isds
stopisds.org

Verbindlicher Vertrag zur Konzernregulierung

Bei den Vereinten Nationen laufen derzeit Verhandlungen für einen rechtsverbindlichen UN-Vertrag für transnationale Unternehmen. Verlaufen die Verhandlungen für den UN-Vertrag erfolgreich, können transnationale Konzerne endlich zur Verantwortung gezogen werden.

Im Moment ermöglichen ISDS vor privaten Schiedsgerichten, dass Unternehmen ihre investitionsrechtlichen Privilegien in Ländern auf der ganzen Welt durchsetzen. Umgekehrt besteht jedoch keinerlei Möglichkeit, die Verpflichtungen von Konzernen völkerrechtlich durchzusetzen. Oft entziehen sich multinationale Unternehmen der Verantwortung für Handlungen außerhalb der Länder, in denen sie ihren Sitz haben.

Das Verfahren des **Investor-State Dispute Settlement (ISDS)** und die dafür notwendigen privaten Schiedsgerichte geben Unternehmen weitreichende Privilegien - und den Zugang zu einemeigenen Rechtssystem, nur um dieses durchzusetzen. Das bedroht Demokratie und Umwelt-**ISDS muss gestoppt werden!**

%attac

